

# Gestank in Pfalzel: Behörde droht Betrieb Zwangsgeld an

**Trier.** Im Fall der umstrittenen Geruchsbelästigungen in Trier-Pfalzel legt die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord nach und droht dem betroffenen Unternehmen ein Zwangsgeld von 25 000 Euro an.

Wie am Montag angekündigt (der TV berichtete) fordert die Behörde von der Firma Eu-Rec per Anordnung „die unverzügliche Instandsetzung der Filteranlage“. Anschließend müsse die Eu-Rec die „volle Wirksamkeit der Filteranlage durch Messungen eines Sachverständigen belegen“.

Nach Bürgerbeschwerden am Wochenende hatten Mitarbeiter der SGD vor Ort „deutliche Gerüche“ der Abfallentsorgungsanlage der Eu-Rec zugeordnet und daraufhin Mängel an der Filteranlage festgestellt.

Laut dem am Dienstag zuge-

stellten Bescheid der SGD darf die Abfallentsorgungsanlage bis auf Weiteres nur mit vorgewaschenem Material und ohne Nutzung der Folienwaschanlage betrieben werden. Erst wenn der Nachweis erbracht sei, dass die Filteranlage wieder in vollem Umfang wirksam sei, könne der Normalbetrieb wieder aufgenommen werden. Befolgt die Eu-Rec GmbH die Anordnung der SGD Nord nicht, droht ihr ein Zwangsgeld in Höhe von 25 000 Euro.

Eu-Rec Chef Willi Streit hatte auf TV-Nachfrage am Montag gesagt, die Anlage arbeite nach einer fälligen Reinigung inzwischen wieder einwandfrei. *cus*